

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollekts Meitken.

Postfachkonto: Dresden 1534
Circulaf Nr. 52.

Nr. 226.

Montag, 28. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Jede Zeile, demüthigster Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Nach der Ueberreichung der deutschen Antwort.

1925. Berlin. Die Antwort der Reichsregierung auf die alliierte Einladung befindet sich nunmehr in den Händen der alliierten Regierungen. Da eine Veröffentlichung ihres Wortlautes nicht vor Dienstag vorzuziehen ist, wird gegenwärtig noch über gewisse Momente, die mit den Vorbereitungen zur Sicherheitskonferenz in Zusammenhang stehen, und die bei der Ueberreichung der Note den Gegenstand mündlicher Erklärungen der deutschen diplomatischen Vertreter gebildet haben, von den beteiligten Kreisen Stillschweigen bewahrt. Nachdem jetzt auch der Auswärtige Ausschuss des Reichstages seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Reichstabinetts und zu der Annahme der alliierten Einladung gegeben hat, beschäftigt man sich in den führenden politischen Kreisen sehr eingehend mit dem Programm, das die deutschen Unterhändler auf der Sicherheitskonferenz zu vertreten haben werden. Dabei ist man sich vollkommen klar darüber, daß es auch dieses Mal darauf ankommen wird, außerhalb der Konferenz eine Reihe von wichtigen Problemen zu klären, die nicht unmittelbar zu dem offiziellen Tagungsprogramm gehören. Deutschland will, daß mit dem Abschluß des Sicherheitspactes sämtliche Unstimmigkeiten, die noch in der Entwaffnungsfrage bestehen, restlos geklärt werden. Dazu gehört, daß die interalliierte Militärkontrolle ihre Mission beendet und daß man endlich anerkennt, wie wenig der Vorwurf berechtigt ist, Deutschland hätte seine Abrüstungsverpflichtungen nicht völlig erfüllt. Eine große Rolle wird auch die Frage des Eintrittes in den Völkerbund zu spielen haben, die der deutschen Regierung Gelegenheit geben wird, die von Deutschland geforderten Garantien für die gleichberechtigte Stellung Deutschlands innerhalb des Völkerbundes zur Förderung zu bringen. Alle Parteien haben den Standpunkt des Außenministers gebilligt, daß ein Eintritt in den Völkerbund nur dann in Frage kommen kann, wenn die deutschen Bedenken hinsichtlich des Artikels 10 beseitigt sind und wenn man den Prinzipien auf Wiederherstellung der kolonialen Gleichberechtigung Deutschlands Rechnung trägt.

Was die mit dem Sicherheitspact zusammenhängenden Fragen anbetrifft, so ist von größter Bedeutung, welche Regelung das Rheinlandregime erfahren soll. Der französische "Matin" behauptet, Deutschland könne in der Frage der Rheinlandbesetzung auf wesentliche Zugeständnisse Frankreich rechnen. Das Blatt spricht von einer vollkommenen Umanderung des Besatzungsregimes, aber es macht noch keine Andeutung darüber, wie sich die französische Regierung zu der Forderung auf Beseitigung der Rheinlandbesetzung verhalten wird. Soweit wir über den Standpunkt des Reichstabinetts unterrichtet sind, beschließt Deutschland, eine Reihe von Vorschlägen zur Erörterung zu stellen, die nach Ablauf einer bestimmten Frist zur Zurückziehung sämtlicher alliierter Besatzungstruppen aus dem besetzten rheinischen Gebiet vorsehen. Eine Sicherung des Friedens wäre für Deutschland nur dann gegeben, wenn die Okkupation deutschen Gebietes endgültig aufgehört hat zu bestehen. Auch dafür muß gefordert werden, daß bei der Räumung der nördlichen Rheinlandzone die zurückgezogenen Entente-Truppen nicht etwa in andere Gebiete des besetzten Rheinlandes verlegt werden.

Was die Ostgrenzen anlangt, so würde Deutschland nie die Verpflichtung eingehen, den gegenwärtigen Bestand Polens an der deutschen Grenze als rechtlich bindend anzuerkennen. Deutschland verlangt, daß auf friedlichem Wege eine Grenze im Osten erfolgt, die den deutschen Lebensinteressen Rechnung trägt und die die ungerechtfertigte Regelung beseitigt, die man bisher auf Grund einseitiger Nachträge gegenüber Deutschland getroffen hat. In der Schiedsgerichtsfrage vertritt Deutschland den Standpunkt, daß jede Sanctionsmöglichkeit und jeder gewaltsame Eingriff nicht in Betracht gezogen werden darf. Insbesondere müsse bei dieser Gelegenheit eindeutig festgelegt werden, daß keine Macht aus irgendwelchen Bündnisverträgen das Recht herleiten darf, deutsches Gebiet mit ihren Truppen zu passieren. Die Schiedsverträge im Osten sollen auf jeden Fall durch besondere Vereinbarungen zwischen Deutschland und den beteiligten Ostregierungen abgeschlossen werden, ohne daß Frankreich seinen Anspruch, als Garant aufzutreten, aufrechterhalten darf.

In seinen Beziehungen zu anderen Mächten will sich Deutschland durch den Sicherheitspact absolut keine Neuorientierung aufzwingen lassen, so daß insbesondere bei einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund keinerlei Rückwirkungen auf das Verhältnis zu Rußland in Betracht gezogen werden dürfen. Diefem deutschen Vorbehalt werde auf jeden Fall Rechnung getragen werden müssen, denn Deutschland kann auf Grund seiner Lage an keinerlei Aktionen gegen Rußland teilnehmen, die zur Folge haben würden, daß etwaige bewaffnete Konflikte auf deutschem Boden zum Ausbruch gelangen würden, während Deutschland nicht in der Lage ist, mit seiner vollständig ohnmächtigen Wehrmacht von 100.000 Mann seinen eigenen Boden zu verteidigen. Mit aller Deutlichkeit wird von den deutschen Regierungsstellen darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Offenheit nur dann für den Abschluß eines Sicherheitspactes zu gewinnen sein wird, wenn es gelingt, politische Vorteile für das deutsche Volk zu erzielen und das Maß der Verpflichtungen auf ein erträgliches Minimum herabzusetzen. Das Programm, das die Reichsregierung aufgestellt hat, enthält eine Reihe von Minimalforderungen, die von der Gegenseite anerkannt werden müssen, wenn es zum Abschluß eines Sicherheitspactes



Die Helfer Luthers und Stresemanns in Luzern. Staatssekretär Dr. Schubert, Ministerialdirektor Dr. Gauß, Ministerialdirektor Riep, juristischer Beirat, Breßler.

kommen soll. Lehnt man die deutschen Forderungen ab, dann würden die deutschen Unterhändler notgedrungen Maßnahmen ohne jedes Ergebnis die Konferenz verlassen. Deutschland befindet sich dieses Mal in einer völlig unabhängigen Lage und kann darauf bestehen, daß man seinen Bedürfnissen Rechnung trägt, ehe der Vertrag zustande kommt, dessen Verwirklichung die Sicherstellung des europäischen Friedens, nicht aber die weitere Aushaltung Deutschlands erzielen sollen.

Die Rechtsparteien zum Sicherheitspact. Mindestforderungen der heftigen Deutschnationalen.

1. Mannheim. Gestern mittag traten die Ausschüsse des Deutschnationalen Landesparteitages zusammen. Im Lehrausschuss wurde eine Entschließung gefaßt, die später vom Parteivertretertag gebilligt wurde und die den Entwurf eines Reichssicherheitspactes ablehnt. Der Parteivertretertag hat dann einstimmig zwei Entschließungen angenommen. In der ersten Entschließung wird die Reichstagsfraktion ersucht, nachstehende Forderungen sich zum Programm zu machen:

1. Vor allen Verhandlungen über einen Sicherheitspact und vor Eintritt in den Völkerbund hat die amtliche Notifizierung des Widerrufs der Kriegsschuldfrage zu erfolgen, muß die Räumung der ersten Zone vollzogen und die Beseitigung der Unwürdigkeiten des Besatzungsregimes im Rheinland und im Saargebiet festgestellt sein.

2. Außerdem müssen Entlassungs- und Listen- und Investitionsbeschlüsse fiktiv und über den Schutz der deutschen Kolonien ausföhrliche Zusagen gegeben worden sein. Ein etwaiger Sicherheitspact hat sich nur auf die Westgrenzen zu beziehen und darf niemals einen Verzicht auf deutsches Land enthalten.

3. Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der sich auf den Artikeln 10 bis 16 des Verfallers Vertrags und der Schuldfrage aufbaut, ist von vornherein abzulehnen.

4. Der Abschluß endgültiger Verträge ist davon abhängig zu machen, daß über die frühere Räumung der zweiten und dritten Zone und die frühere Abkündigung im Saargebiet verbindliche Abmachungen getroffen werden und daß über die Durchführung einer allgemeinen Abrüstung entsprechend dem Verfallers Vertrag und der Völkerbundschart verbindliche Zusagen gegeben werden.

5. Diese Forderungen sind als Mindestforderungen zu bezeichnen, von denen unter keinen Umständen abgesehen werden darf, auf die Gefahr, sich in Zukunft nicht mehr an der Regierung zu beteiligen.

Die zweite Entschließung

lautet: Der Landesparteitag wolle beschließen, daß in Anbetracht und in Wahrung des völkischen Charakters der Partei die Reichstagsfraktion dem von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Verlangen nach Ausweisung der seit dem 1. Okt. 1914 eingewanderten Juden in der Regierung volle Geltung verleiht. Diese Ausweisung ist im Interesse der Einschränkung des Zwischenhandels und damit zur Durchführung des Preisabbaus sowie zur Verringerung der Wohnungsnot dringend geboten. Ferner soll die Reichstagsfraktion im Hinblick auf die schmachvolle Behandlung der deutschen Opianen mit allem Nachdruck für die allbaldige Freigabe rückföhrlicher entsprechender Gegenmaßnahmen gegen die auf deutschem Gebiet befindlichen polnischen Staatsangehörigen eintreten.

Die Stellung der Deutschen Volkspartei.

Abg. Curtius auf dem badischen Landesparteitag.

1. Baden-Baden. Bei einer öffentlichen Kundgebung zur Einleitung des Landesparteitages der Deutschen Volkspartei im düstergelächelten Kurhausaal sprach an Stelle des in letzter Stunde verhinderten Reichsaussenministers Dr. Stresemanns der badische Reichstagsabgeordnete Dr. Curtius über das Problem der deutschen Außenpolitik. Der Vortragsstoff, wie er ausführte, nicht selbsthändlich sein, sondern dazu

dienen, die europäische Wirtschaft zu beruhigen und in Ordnung zu bringen. Auf der Londoner Juristenkonferenz habe man den wesentlichen Fortschritt erzielt, daß alle Streitigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich aus dem Bereich der Verträge künftig unter das Schiedsverfahren fallen sollen. Unter Ablehnung einer machtpolitischen Angliederung Ost-Europas könne man aber nicht verzichten auf einen kulturellen Zusammenhang des Deutschlands in der ganzen Welt mit dem Unterlande.

Die Räumung der Röhler Zone sei eine Selbstverständlichkeit.

Der Redner glaubt, daß ein solcher Räumungstermin bevorsteht. Für die zweite und dritte Zone forderte er im Einklang mit allen Parteien, von den Sozialisten bis Deutschnationalen, Forderungen des Besatzungsregimes, dessen Notwendigkeit übrigens mit dem Abschluß eines Sicherheitspactes überhaupt entfällt. Eine französische Garantie für völlige Schiedsverträge sei abzulehnen. Bezüglich des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund werde die deutsche Regierung an dem Memorandum vom September v. J. festhalten. Es sei selbstverständlich, daß wir einen Ratstag bekommen. In dem Augenblick, da wir in Verhandlungen eingetreten seien, sei es auch möglich offen und klar noch einmal zu wiederholen, daß wir niemals die Kriegsschuldfrage anerkennen. Frankreich müsse der besonderen Lage Deutschlands Rechnung tragen, solange nicht die allgemeine Abrüstung erfolgt sei. Darüber herrsche im Reichskabinetts völlige Einmütigkeit. Der Redner schloß mit der Mahnung, an das deutsche Volk, den Männern, welche die Herkulesarbeiten verrichten sollen, die Grundlagen für den Frieden zu schaffen, mit Vertrauen oder mindestens tafvoler Zurückhaltung zu begegnen, und in diesen schicksalsschweren Stunden ernst und würdig zu begegnen. Die Rede wurde mit räumlichem Beifall aufgenommen.

Zichitscherin kommt nach Berlin.

Zichitscherin kommt nach Berlin. Die nunmehr von der sowjetrussischen Besatzung in Berlin beschäftigt wird, trifft die russische Volkswirtschaft für Auswärtiges Zichitscherin am Mittwoch oder Donnerstag in Berlin ein, und wird sich einige Tage in der Reichshauptstadt aufhalten, um dann nach einem deutschen Kurort weiter zu reisen. Es sei selbstverständlich, daß Zichitscherin die Gelegenheit wahrnehmen werde, unmittelbar vor Beginn der Sicherheitskonferenz mit dem deutschen Reichskanzler und dem Außenminister Dr. Stresemann zu sprechen. Bei diesem Anlaß werde sich der russische Staatsmann mit den Leitern der deutschen Politik auch über hochpolitische Fragen unterhalten. Man dürfe aber die Bedeutung einer Zusammenkunft Zichitscherins mit Dr. Luther und Dr. Stresemann nicht überschätzen wollen, denn es handele sich nur um private Unterhaltungen und nicht etwa um politische Verhandlungen. Zichitscherin habe dabei keine besondere Mission, und sein Berliner Besuch sei keineswegs von den beiden Regierungen irgendwie verabredet worden. Vielmehr war wiederholt russischerseits beabsichtigt, eine Zusammenkunft mit den deutschen Staatsmännern zu vermeiden. Erst nachträglich habe man sich zu der Auffassung bekannt, daß es nützlich sein würde, wenn Zichitscherin der Berliner Regierung seinen Besuch abstatte.

Reichstag vorläufig am 19. November.

19. Berlin. Der Reichstagsrat des Reichstages beschäftigte sich am Sonnabend unter Vorsitz des Vizepräsidenten Dr. Richter mit dem Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion, das Plenum des Reichstages für diese Woche zu berufen. Der Antrag wurde mit der ausenpolitischen Lage und mit der Preisentwertung der Reichsregierung begründet. Alle anderen Parteien konnten jedoch zur Zeit noch keinen Anlaß zur sofortigen Berufung des Reichstages sehen. Die Sozialdemokraten bezielten sich nur geahnenfalls eine andere Stellungnahme vor. Demnach dürfte es vorläufig bei den vom Plenum selbst getroffenen Dispositionen, wonach der Reichstag erst am 19. November wieder zusammenzutreten sollte.